



Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK (Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen), Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.). Er ist Autor des „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“ (Heyne Verlag München).

Kontakt:

E-Mail: graesslin@dfg-vk.de

Telefon: 0761-767 82 08

Internet: www.juergengraesslin.com

Gegen Waffenlieferungen in den Irak sind folgende Argumente geltend zu machen:

Zentrale Argumente gegen erneute Waffenlieferungen in das Pulverfass des Nahen und Mittleren Osten

Das internationale Waffenembargo gegen den Irak wird durch Waffenlieferungen unterwandert und es wird zugleich ein katastrophaler Präzedenzfall geschaffen.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) verweist darauf: Nach § 69e Abs. 1 Außenwirtschaftsverordnung (AWV), der den Gemeinsamen Standpunkt 2003/495/GASP in nationales Recht umsetzt, sind Verkauf und Ausfuhr von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial, die von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste erfasst sind, in den Irak verboten. Ausnahmen betreffen Lieferungen für die im Land stationierten multinationalen Streitkräfte.“ (*Siehe www.ausfuhrkontrolle.info/ausfuhrkontrolle/de/embargos/irak/*)

Geplante Waffenlieferungen an nationale irakische Streitkräfte sind

rechtlich höchst fraglich, sie verstoßen allemal gegen den Geist des UN-Waffenembargos. Die Bundesregierung unterwandert diese rechtlichen Vorgaben, indem sie beispielsweise gebrauchte Kriegswaffen aus Bundeswehrbeständen liefert und die Empfänger in einem Nachbarland an den Waffen ausbildet. Ungeachtet der rechtlichen Fragwürdigkeit ist die Unterwanderung eines Waffenembargos jedoch zutiefst verwerflich und bietet anderen Staaten bei zukünftigen Waffenexporten ein schlechtes Vorbild. Waffenlieferungen an die Peschmerga als nichtstaatliche Empfänger deutscher Kriegswaffen stellen einen Präzedenzfall dar, der als Türöffner für kommende Waffentransfers dienen wird.

Laut den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung zum Rüstungsexport, dem Außenwirtschafts- und dem Kriegswaffenkontrollgesetz darf Deutschland „bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen“ keine Kriegswaffen und Rüstungsgüter liefern.

Gemäß den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19.01.2000 gilt: „Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen.“ Zudem gilt: „Genehmigungen für Exporte nach Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und/oder Außenwirtschaftsgesetz (AWG) kommen nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, z.B. bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen [...]. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.“

Politische Grundsätze sind politische Vorgaben, sie sind juristisch nicht einklagbar: Aber: Mit der Lieferung von Kriegswaffen an einen Empfänger, der in bewaffneten Auseinandersetzungen steht und Menschenrechte verletzt, bricht die Bundesregierung – einmal mehr – ihre selbst gesetzten Vorgaben politischen Handels. Sie macht sich somit erneut unglaubwürdig.

Waffenlieferungen an die Peschmerga schaffen – womöglich – ein militärisches Patt, langfristig aber können sie in einen Krieg um einen Kurdenstaat führen.

Die Peschmerga wird mit US-amerikanischen, französischen, britischen, italienischen und nun auch deutschen Waffen hochgerüstet. Sobald die Kämpfer im Nordirak im Einsatz dieser Kriegswaffen geschult sind, können diese gegen die IS eingesetzt und deren Vormarsch womöglich gestoppt werden – Garantien dafür gibt es nicht. Durchaus realistisch aber ist, dass die nunmehr mit modernen Waffen hochgerüsteten Kurden im Nordirak ihr Ziel weiterverfolgen, einen eigenen Staat zu gründen. Ob das Nato-Land Türkei dies hinnehmen wird, ist offen. Die Hauptgefahr besteht in einem erneuten kurdischen Bürgerkrieg. Kommende Konflikte – womöglich ein Krieg – sind vorprogrammiert, einmal mehr mit dem Einsatz deutscher Waffen beiderseits der Front. Verantwortungsloser kann deutsche Regierungspolitik nicht sein.

Die Behauptung, Menschenrechte im Nahen und Mittleren Osten wahren zu wollen, ist verlogen – vielmehr geht es um westliche Interessen, allen voran den Zugang zu irakischem Öl.

Saudi-Arabien, bekanntermaßen neben Katar der führende Mitfinanzier der IS-Terrormilizen, ist seit Jahren eines der Hauptempfängerländer deutscher Kriegswaffen. Die saudi-arabischen Militärs sind mit deutschen Großwaffensystemen (Eurofighter Typhoon), Kleinwaffen (MP5-Maschinenpistolen und G3- sowie G36-Sturmgewehren in deutscher Lizenzfertigung) und Rüstungsgütern (Militärfahrzeuge, Grenzsicherungsanlagen und Überwachungssysteme) bis an die Zähne hochgerüstet. Diese Waffentransfers genehmigten CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne in Regierungsverantwortung, obwohl das wahhabitische Herrscherhaus in Riad Menschenrechte massiv verletzt und religiöse Minderheiten – unter ihnen Christen – verfolgt, foltert und exekutiert. Die Todesstrafe wird vielfach an Andersdenkenden und Andersgläubigen vollzogen (Platz 4 im weltweiten Hinrichtungsranking).

Was zählt, sind primär Wirtschaftsinteressen Deutschlands, allen voran der Zugang zu den riesigen Ölfeldern in Saudi-Arabien und zukünftig womöglich wieder im Irak.

Jahrzehnte währendes Morden mit deutschen Kriegswaffen im Nahen und Mittleren Osten – beispielsweise mit G36-Sturmgewehren von Heckler & Koch – ist vorprogrammiert.

Exportierte Kriegswaffen sind Jahrzehnte lang brauchbar für den Kampfeinsatz. Mit G3-Schnellfeuerwaffen, entwickelt von Heckler & Koch (H&K), wird auch vier Jahrzehnte nach deren Lieferung noch gekämpft. Dies belegen meine Vor-Ort-Recherchen in Somalia. Wenn Deutschland neue G36-Sturmgewehre von H&K an die irakischen Streitkräfte und/oder an die kurdischen Peschmerga liefert, können diese auch im Jahr 2054 im militärischen Einsatz noch voll funktionsfähig sein. Mit ihnen werden – von einer Bundesregierung gänzlich unkontrollierbar – massenhaft Menschen getötet werden. Zum Beispiel im nächsten Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, um nur eine Möglichkeit von vielen im Krisen- und Kriegsgebiet Naher und Mittlerer Osten zu nennen.

Mit Waffenlieferungen wird ins Öl ins Feuer der kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak gegossen.

Weitere Waffenlieferungen an die irakische Regierung (in der jüngsten Vergangenheit dominiert von schiitischen Regierungsvertretern) garantieren die Eskalation militärischer Konfliktaustragung mittels des Einsatzes eben dieser Waffen. Die neu gelieferten Kriegswaffen können eingesetzt werden bei religiös und politisch motivierten Auseinandersetzungen von Schiiten gegen Sunniten, von Sunniten gegen Kurden, von Kurden gegen Kurden usw. Wer Waffen in das Pulverfass Irak liefert, gießt langfristig Öl ins Feuer dieser Auseinandersetzungen.

Der Endverbleib der Waffen kann nicht im Mindesten garantiert werden – im Gegenteil: Waffen wandern von „Gut“ zu „Böse“ zu „Gut“ zu „Böse“ ...

Bis vor Kurzem noch wurde die IS vom Nato-Mitgliedsland Türkei im Kampf gegen das Assad-Regime in Syrien unterstützt, u.a. mit Ausrüstung und Nachschub. Finanziell unterstützt wird IS weiterhin von Saudi-Arabien und Katar, also führenden Empfängerländern legal gelieferter Kriegswaffen aus Deutschland. Seit den Exekutionen von Christen, Jesiden und Schiiten steht die IS nunmehr auch aus Sicht aller Nato-Staaten auf feindlicher Seite. Während der kriegerischen Auseinandersetzungen gelangten IS-Kämpfer in den Besitz hochmoderner Waffen der irakischen Armee, geliefert aus den USA. Der Endverbleib von Kriegswaffen kann nicht im Mindesten garantiert werden. Im Moment gelten irakische Kurden als „Gute“. Wer neue Waffen liefert, riskiert deren Verwendung in falschen Händen, der „Bösen“. Doch richtige militärische Hände einer „guten“ Seite gibt es im Irak ehedem nicht – schon gar über den Zeitraum mehrerer Jahre.

Der Irak erstickt schon jetzt am Überfluss der Kriegswaffen.

Gäbe es eine Weltkarte der Waffeneinfuhrdichte, wären der Sudan, Somalia, Afghanistan und eben der Irak blutrot eingefärbt. Das einzige, was im Irak im Überfluss existiert, sind Kriegswaffen. Die Einwohner leiden seit Jahrzehnten unter der Gewalt dieser Waffen, Millionen Menschen sind traumatisiert, ganze Landstriche werden verwüstet.

Mit dem Beschluss der Bundesregierung, kurdische Kämpfer im Nordirak mit deutschen Kriegswaffen hochzurüsten, wird Deutschland selbst zur Kriegspartei.

Deutschland ist aufgrund seiner langjährigen politischen Einflussnahme auf die Lage im Irak massiv Mitschuld an der politischen Fehl-

entwicklung im Land, z.B. durch die Unterstützung des Irak-Kriegs 2003 (der US-Army und der „Koalition der Willigen“ mittels der Gewährung von Überflugrechten, dem Schutz von US-Militärbasen und US-Kasernen in Deutschland und Awacs-Überwachungsflügen) sowie die umfassenden Waffenlieferungen an die Türkei, Saudi-Arabien und Katar – die ihrerseits die IS unterstützen. Mit den direkten Waffenlieferungen an die kämpfenden irakischen Kurden wird Deutschland direkt zur Kriegspartei – mit unabsehbaren Folgen für die Sicherheitslage auch in Deutschland.

Fazit und Forderungen: Ja, wir können nicht wegsehen, wir müssen handeln!

- **Totales Waffenexportembargo verhängen**
- **vorhandene Waffen verschrotten**
- **umfassend humanitär helfen**
- **Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien zahlreich aufnehmen**

Schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Vergewaltigungen, Morde und Massenexekutionen sind zurzeit auf mehr als 30 Kriegsschauplätzen der Welt an der Tagesordnung. Leider stellen die aus dem Irak berichteten Szenarien in diesem Sinne keine Ausnahmeerscheinung dar. Einen entscheidenden Beitrag zu derart menschenverachtenden Handlungen und zur Gewalteskalation sind Waffenlieferungen der führenden Industriestaaten. Terrorgruppen, wie beispielsweise der IS, besitzen in der Regel keine eigenen Waffenfabrikationsanlagen. Sie erhalten Kriegswaffen von befreundeten Staaten und Beutewaffen, z.B. US-Waffen bei der Einnahme der Stadt Mossul.

Wer aber weitere Waffen in den Irak liefert oder Kombattanten finanziell unterstützt, macht sich mitschuldig am Massenmorden im Irak – jetzt und in den kommenden Jahrzehnten. Wer Terrorismus auf Dauer ausblu-



www.dfg-vk.de
www.aufschrei-waffenhandel.de



ten, menschenrechtsverletzende Regierungen zur Umkehr bewegen und Diktatoren zum Abdanken zwingen will, der muss den Repressoren die Machtinstrumente ihrer Gewaltherrschaft entziehen. Wer sich nach der jahrelangen Beihilfe zum Massenmorden durch Rüstungsexporte endlich gewissenhaft und glaubwürdig für Demokratie und Frieden einsetzen will, muss letztlich die Strukturen einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung ändern.

Die Umsetzung dieser langfristigen Zielvorgabe kann nicht abgewartet werden. Die Bundesregierung muss den notleidenden Menschen im Irak kurz- und mittelfristig helfen. Sie muss...

- im Einklang mit den Vereinten Nationen den notleidenden Menschen im Norden des Irak umfassend humanitäre Hilfe (Zelte, Nahrungsmittel und medizinische Betreuung) zukommen lassen. Dies verlangt einen hohen finanziellen und personellen Einsatz. Im sicheren Hinterland müssen feste Flüchtlingscamps zur menschenwürdigen Unterkunft und Lazarette zur notwendigen medizinischen Versorgung eingerichtet werden. Der Aufbau von Dienstleistungen muss die religiöse und kulturelle

Identität der Flüchtlinge berücksichtigen. zivile Hilfsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft müssen aktiv in die humanitäre Hilfe eingebunden sein und unterstützt werden;

- die deutschen Grenzen schließen für Waffenexporte und sie öffnen Flüchtlinge aus dem Irak und aus Syrien. Diese müssen als politisch Verfolgte in Deutschland anerkannt und ihnen dementsprechend Asyl gewährt werden;

- den Regierungsbildungsprozess im Irak positiv begleiten. Jetzt rächt es sich, dass die Bundesregierung viel zu lange die Regierung unter dem schiitischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki unterstützt hat. Denn Stabilität in der Region wird erst gewährleistet, wenn alle politischen und religiösen Kräfte angemessen in der irakischen Regierung vertreten sind und ihren Einfluss im Sinne des Gemeinwohls geltend machen können. Sunnitische Abgeordnete und Minister in der neuen irakischen Regierung können positiv Einfluss auf den IS ausüben;

- massiv Druck auf die aus ihrer Sicht „befreundeten Staaten“ Türkei, Saudi-Arabien und Katar ausüben, damit diese die logistische, materielle bzw. finanzielle Unterstützung für den IS sofort einstellen und stattdes-

sen mäßigend auf die Terrormilizen einwirken. Sollte dies nicht geschehen, müssen Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft ein sofortiges Waffenembargo gegen diese drei Länder verhängen;

- sich in den Vereinten Nationen für ein umfassendes Embargo atomarer, biologischer, chemischer und konventioneller Waffen (ABC/K-Waffenembargo) für den gesamten Nahen und Mittleren Osten stark machen. Mittelfristig würde dies all den Regierungstruppen, Milizen, Guerilla- und Terroreinheiten auf Dauer die Macht der Waffengewalt entziehen. Dringend vonnöten sind Waffeneinsammel- und Verschrottungsaktionen – nicht aber der Export von noch mehr Kriegswaffen und Rüstungsgütern ins das Pulverfass Irak.

Nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag des *Stern* befürworteten lediglich 30 % der Befragten Waffenlieferungen an die Peschmerga, 63 % lehnen diese ab (Stand 20.08.2014). **Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, dem Mehrheitswillen der bundesrepublikanischen Bevölkerung nachzukommen und den notleidenden Menschen im Irak umfassend humanitär zu helfen – keinesfalls aber mit der Lieferung von Kriegswaffen.**

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!